



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Myanmar – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

03. Januar 2022

Mutmaßliches Massaker im Bundesstaat Kayah Kämpfe, Anschläge und extralegale Tötungen

Am 25.12.21 wurden in der Gemeinde Hpruso (Bundesstaat Kayah) in mehreren ausgebrannten Fahrzeugen die Leichen von 35 Personen gefunden. Nach Berichten, die die UN als glaubwürdig einstuft, handelt es sich um zivile Opfer von Militärgewalt. Sicherheitskräfte sollen sie am 24.12.21 festgenommen und anschließend getötet und verbrannt oder lebendig verbrannt haben. Nach Angaben der Hilfsorganisation Save the Children befinden sich unter den Opfern, neben Frauen und Kindern, auch zwei Mitarbeitende der Organisation, die auf dem Rückweg von einem humanitären Einsatz im Osten Kayahs verschwanden. Die übrigen Getöteten sollen sich auf der Flucht vor Kämpfen in ihren Dörfern befunden haben. Myanmarische Staatsmedien berichteten, dass bei Kämpfen zwischen Militärangehörigen und Widerstandskräften in Hpruso sieben Lastwagen mit „Terroristen“ beschossen wurden.

Kämpfe, Anschläge und extralegale Tötungen

Zwischen dem 17.12. und 28.12.21 kam es in Yangon sowie in den Gemeinden Loikaw, Shadaw (Bundesstaat Kayah), Tedim, Mindat (Bundesstaat Chin), Muse (Bundesstaat Shan), Gangaw, Pakkoku (Region Magway), Ye-U, Kalay (Region Sagaing), Mohnyin (Bundesstaat Kachin) und Myawaddy (Bundesstaat Kayin) zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) und ethnischen Armeen oder Volksverteidigungsgruppen (People's Defence Forces, PDF) mit schweren Verlusten auf beiden Seiten. Dutzende Zivilpersonen wurden getötet, Zehntausende befinden sich aktuell auf der Flucht, die meisten vor der Gewalt in Gangaw (13.000) und vor den Kämpfen zwischen der Tatmadaw und der Karen National Liberation Army (KNLA) in Myawaddy nahe der thailändisch-myanmarischen Grenze (7.000). Thailändischen Behörden zufolge stieg die Zahl der seit dem 15.12.21 nach Thailand geflüchteten Personen bis zum 28.12.21 auf über 5.300. Am 19.12.21 setzten als Pa Kha Pha bekannte Anti-Junta-Kämpfer einen Polizeiposten in Mandalay in Brand, worauf Sicherheitskräfte mit dutzenden Festnahmen reagierten. Am selben Tag führte eine tödliche Messerattacke gegen die Familie eines Dorfverwalters in Kalay (Region Sagaing) dazu, dass Sicherheitskräfte das Feuer eröffneten und 600 Personen aus Angst vor Vergeltung flohen. Nach Razzien der Tatmadaw in Gangaw und Depayin (Region Sagaing) entdeckten Einheimische zwischen dem 19.12. und 21.12.21 die Leichen von zwölf Personen, darunter zwei PDF-Mitgliedern und drei Kindern. Den Schusswunden in Brust und Hinterkopf nach zu urteilen, wurden diese von Soldaten hingerichtet.

10. Januar 2022

Kämpfe in der Region Sagaing und den Bundesstaaten Chin, Kayah, Kayin und Shan

In Natchaung (Gemeinde Kalay, Region Sagaing), wo es am 22.12.21 zu Zusammenstößen zwischen lokalen Volksverteidigungskräften (People's Defence Forces, PDF) und dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) gekommen war, entdeckten zurückkehrende Einheimische die Leichen von 20 Zivilpersonen. Weitere

Kampfschauplätze in der Region Sagaing waren zwischen dem 02.01. und dem 04.01.22 Dörfer in den Gemeinden Taze, Wetlet und Indaw. In Wetlet und Indaw setzte die Tatmadaw Hubschrauber ein, um Granaten und in Indaw auch Bomben abzuwerfen. Dabei starben in Indaw mindestens 15 Menschen, rd. 1.000 flohen. Am 03.01.22 brannte die Tatmadaw in Thantlang (Bundesstaat Chin) über 40 Häuser und zwei Kirchen nieder. Am selben Tag führte die Chinland Defence Force (CDF) einen Angriff auf einen Militärstützpunkt in Matupi durch, der in ganztägigen Kämpfen resultierte. Am 06.01.22 kam es in Matupi erneut zu schweren Gefechten zwischen der CDF und Tatmadaw, weitere Zusammenstöße, an denen auch die Kalay PDF beteiligt war, ereigneten sich am selben Tag in Falam. In Hpruso (Bundesstaat Kayah), wo Junta-Soldaten am 24.12.21 mindestens 35 Zivilpersonen töteten (vgl. BN v. 03.01.22) kam es Berichten vom 03.01.22 zufolge am 31.12.21 zu Kämpfen zwischen der Tatmadaw und einer Allianz aus der Karenni Nationalities Defence Force (KNDF) und der Karenni Army (KA). Bewaffnete Auseinandersetzungen fanden am 31.12.21 und 01.01.22 auch in Demoso statt. Insgesamt sollen bei den Kämpfen mindestens 35 Junta-Soldaten und zwei Mitglieder der Widerstandsallianz getötet worden sein. Am 07.01.22 flohen in Loikaw über 1.000 Zivilpersonen vor bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen KNDF und Tatmadaw. Vier Zivilpersonen und zwei KNDF-Mitglieder kamen ums Leben. Zwischen dem 19.05.21 und dem 31.12.21 kam es nach KNDF-Angaben zu etwa 130 Zusammenstößen zwischen der Tatmadaw und Widerstandskräften in Kayah. Angaben der Karenni Human Rights Group zufolge wurden in der Region seit dem Militärputsch am 01.02.21 mindestens 146 Zivilpersonen durch Junta-Kräfte getötet. Am 04.01.22 eskalierte nahe der Stadt Lay Kay Kaw (Gemeinde Myawaddy, Bundesstaat Kayin) erneut die Gewalt zwischen der Karen National Liberation Army (KNLA) und der Tatmadaw. Dabei schossen Junta-Kräfte 30 Artilleriegranaten auf Wohnhäuser, die sie anschließend plünderten. In der Nähe von Mongko (nördlicher Shan-Staat) kam es am 03.01.22 zu mehrstündigen Gefechten zwischen der Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA) und der Tatmadaw. Letztere stieß am 05.01.22 in Namkham (ebenfalls Shan-Staat) auch mit der Ta'ang National Liberation Army (TNLA) zusammen. Dabei sollen Junta-Soldaten getötet und Zivilpersonen verletzt worden sein.

Armut

Nach einem Bericht des Amtes der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) werden im Jahr 2022 voraussichtlich 14,4 Mio. Menschen und damit gut ein Viertel der Bevölkerung auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Als Hauptgrund nennt der Bericht Preisanstiege bei Lebensmitteln und Benzin, die wiederum auf einen realen Mangel an Gütern u.a. infolge von Streiks und den zunehmenden Wertverlust des Kyat zurückzuführen sind. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt infolge der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen des Jahres 2021 in Armut.

Weiteres Urteil gegen Aung San Suu Kyi

Am 10.01.22 verurteilte ein Gericht in Naypyidaw die gestürzte De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi wegen des illegalen Imports und Besitzes von Walkie-Talkies und wegen eines Verstoßes gegen die Corona-Vorschriften zu weiteren vier Jahren Haft. Bereits am 06.12.21 war Suu Kyi wegen Anstiftung zum Aufruhr und Verstößen gegen Corona-Auflagen zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Diese hatte die Junta kurz darauf halbiert und in Hausarrest umgewandelt (vgl. BN v. 06.12.21 u. 13.12.21). Über weitere Anklagepunkte, u.a. wegen Korruption und Verletzung des Gesetzes über Amtsgeheimnisse, wird noch verhandelt.

17. Januar 2022

Kämpfe und Militärgewalt in Kayah, Kayin, Sagaing, Mandalay, Tanintharyi, Shan und Chin

Infolge der seit dem 07.01.22 andauernden Kämpfe befanden sich nach UN-Angaben am 13.01.22 mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Gemeinde Loikaw (ca. 124.000 EW; Sitz der gleichnamigen Hauptstadt des Bundesstaats Kayah) und insgesamt fast 90.000 Menschen aus Kayah auf der Flucht. Lokale Medien und Menschenrechtsgruppen gehen von bis zu 170.000 Vertriebenen aus. Am 11.01.22 warfen Kampffjets der myanmarischen Armee (Tatmadaw) mehrere Bomben über der Stadt Loikaw ab. Die Zahl der zivilen Opfer ist nicht bekannt. Teile der Stadt sind seit dem 09.01.22 von der Strom- und Wasserversorgung abgeschnitten. Aufgrund der Nähe zur Hauptstadt Naypyidaw geht das Militär mit besonderer Härte gegen die Widerstandsbewegung in den Karenni-Gemeinden Loikaw und Demoso vor. Im Bundesstaat Kayin beschossen Einheiten der Tatmadaw zwischen dem 08.01. und 10.01.22 Dörfer der Gemeinde Kawkareik vom Boden und aus der Luft. Am 10.01.22 kam es zudem zu Zusammenstößen mit der Karen National Liberation Army (KNLA). Unter der Zivilbevölkerung gab es Tote und

Verletzte, rd. 2.000 Menschen flohen. Nach Zusammenstößen zwischen der Tatmadaw und lokalen Volksverteidigungskräften (People's Defence Forces, PDF) in der Gemeinde Pale (Region Sagaing) sind seit dem 08.01.22 mehr als 7.000 Menschen aus den benachbarten Gemeinden Yinmabin und Salingyi geflohen. Am 10.01.22 verübten Junta-Kräfte erneut Luftangriffe auf ein Dorf in Pale und führten Razzien durch. Mindestens fünf Menschen wurden getötet, Staatsmedien zufolge handelte es sich dabei um „Terroristen“. Am 09.01.22 entführten Junta-Kräfte in der Gemeinde Wetlet (Sagaing) mehrere Zivilpersonen, um sie bei Überfällen auf PDF-Stützpunkte als menschliche Schutzschilde zu benutzen. Bei Angriffen und Razzien in den Gemeinden Htigyain, Ye-U und Kalay töteten Junta-Truppen am 10.01. und 11.01.22 mindestens fünf Zivilpersonen und zwei Mitglieder der lokalen Widerstandsgruppe Eagle Army. Am 10.01.22 griffen Angehörige der Tamu PDF das Wachpersonal eines Arbeitslagers in Tamu (Sagaing) nahe der indischen Grenze an. Es kam zu einer Schießerei, bei der elf Personen starben. Am 12.01.22 bombardierten Kampfjets der Tatmadaw das Dorf Moe Dar Gyi in der Gemeinde Katha (Sagaing). Dabei wurden mehrere Gebäude zerstört und ein 5-jähriges Kind verletzt. Ob es weitere zivile Opfer gab, ist noch nicht bekannt. Am selben Tag erschossen Junta-Kräfte während einer Razzia in der Gemeinde Mingin (Sagaing) einen 10-jährigen Jungen. Nach einer Explosion in der Nähe eines Verwaltungsgebäudes in Mandalay eröffneten Militäranghörige am 13.01.22 das Feuer, töteten ein Kind und verletzten zwei weitere Personen. Zwischen dem 12.01. und 14.01.22 setzten Junta-Kräfte wiederholt das Dorf Kauk Yobon in der Gemeinde Madara (Mandalay) in Brand. Am 12.01.22 wurden am selben Ort drei Zivilpersonen wegen des Verdachts der Kooperation mit dem Militär getötet. In der Gemeinde Thayetchaung (Region Tanintharyi) töteten Tatmadaw-Soldaten am 07.01.22 vier Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren durch Kopfschüsse. Dem Vorfall waren Zusammenstöße zwischen lokalen Widerstandskräften und der pro-militärischen Miliz Pyu Saw Htee vorausgegangen. Im nördlichen Shan-Staat brachen am 12.01.22 in der Gemeinde Namkham erneut Kämpfe zwischen der Ta'ang National Liberation Army (TNLA) und der Tatmadaw aus, dabei wurden fünf Tatmadaw-Soldaten getötet. In Matupi (Bundesstaat Chin) entdeckten Einheimische am 08.01. und 09.01.22 die Leichen von zehn Personen, darunter ein Kind, die während Zusammenstößen zwischen der Tatmadaw und der Chinland Defence Force (CDF) zwischen dem 03.01. und 06.01.22 von Junta-Kräften entführt worden waren. Die Zahl der im Zusammenhang mit Protesten gegen den Militärputsch vom 01.02.21 getöteten Zivilpersonen stieg bis zum 14.01.22 auf 1.469. Über 11.500 Personen wurden aus politischen Gründen festgenommen, über 8.600 von ihnen befinden sich aktuell noch in Haft. Landesweit gehen Angehörige des Militärs aktuell von Tür zu Tür, um Stromanbieter bei der Eintreibung von Zahlungen zu unterstützen. Seit dem Putsch haben Millionen Menschen aus Protest ihre Stromrechnungen nicht bezahlt. Wer sich weiterhin weigert, wird mit dem Tod bedroht. Vielen haben Junta-Kräfte zudem bereits die Stromleitungen gekappt.

Neue Anklagen gegen Aung San Suu Kyi

Wegen angeblicher Verstöße gegen das Anti-Korruptionsgesetz erhob die Militärjunta am 14.01.22 Anklage in fünf weiteren Punkten gegen die gestürzte De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi. Damit sieht sich Suu Kyi, die im Dezember 2021 und Januar 2022 zu insgesamt sechs Jahren Haft verurteilt wurde (vgl. BN v. 10.01.22), nun noch mit elf Anklagepunkten konfrontiert. Ihr drohen bis zu 160 Jahre Haft.

Journalisten zu Haftstrafen verurteilt

In der Woche vom 03.01. bis 09.01.22 verurteilte ein Gericht in Sagaing zwei Journalisten der mittlerweile eingestellten Zeitung Zayar Times wegen Aufwiegelung zu jeweils zwei Jahren Haft. Der stellvertretende Herausgeber der Zeitung Pyae Phyo Aung und der Reporter Myint Myat Aung waren verhaftet worden, weil sie über die Proteste gegen den Militärputsch berichtet und die Junta als „Putschregime“ bezeichnet hatten.

24. Januar 2022

Sicherheitslage

Am 16.01.22 griffen Juntatruppen sechs Dörfer in der Gemeinde Myaing (Region Magway) an und führten Razzien in vier weiteren durch. Sie legten Brände und zerstörten zahlreiche Häuser, tausende Menschen flohen. Im Dorf Latyetma fanden Einheimische die Überreste von drei Menschen, die Juntakräfte bei einer Razzia am 11.01.22 getötet hatten. Seit dem 10.01.22 wurden nach lokalen Medienberichten etwa 800 Soldaten des myanmarischen Militärs (Tatmadaw) nach Myaing entsandt, um Dörfer zu räumen, Eigentum zu zerstören und Verhaftungen durchzuführen. Ziel der Kampagne, die bis zum 18.01.22 auf 20 Dörfer ausgeweitet wurde, sei es, Camps von

Volkverteidigungskräften (People's Defence Forces, PDF) ausfindig zu machen und den Widerstand gegen die Militärherrschaft zu brechen. Laut einer Erklärung der aus dem Untergrund agierenden Gegenregierung (National Unity Government, NUG) führten NUG-Streitkräfte zwischen dem 08.01. und 16.01.22 Angriffe auf Mitglieder, Infrastruktur und Unternehmen des regierenden Militärrats (State Administrative Council, SAC) in fünf Gemeinden in Yangon durch. Ein Unteroffizier und ein Mitglied des Rates sollen getötet und weitere Militäranghörige verletzt worden sein. In Naypyidaw tötete die Gruppe Fight for Justice-Tatkon am 16.01.22 einen pensionierten Militärhauptmann. Bei Luftangriffen auf die Stadt Nan Mae Khon und ein Flüchtlingscamp in Hpruso (Bundesstaat Kayah) tötete das Militär am 16.01. und 17.01.22 sechs Zivilpersonen, darunter zwei Kinder. Über 20.000 Menschen flohen. Der SAC nannte als Grund für die Aktion Berichte, wonach PDFs von Nan Mae Khon aus Angriffe auf Stellungen des Militärs in Loikaw geplant hätten. Am 19.01.22 griffen PDF-Gruppen ein Regierungsbüro in Loikaw (Bundesstaat Kayah) an und töteten eigenen Angaben zufolge 15 Tatmadaw-Soldaten. Junta-Sprecher Zaw Min Tun bestätigte mehrere Angriffe der PDFs auf Militäreinrichtungen in Loikaw, äußerte sich jedoch nicht zu Verlusten. Bei einer Razzia in Lezin (Gemeinde Monywa, Region Sagaing) erschossen Juntakräfte am 17.01.22 vier Zivilpersonen und verhafteten fünf weitere. Am 18.01.22 setzten Tatmadaw-Soldaten nach Zusammenstößen mit lokalen PDFs das Dorf San Myo in Gangaw (Magway) in Brand und zerstörten über 100 Häuser. In der Gemeinde Pinlebu (Sagaing) stürmte die Pinlebu PDF am selben Tag die Polizeistation und ein Militärlager, woraufhin es zu Kämpfen zwischen dem Militär und der PDF mit Toten und Verletzten auf beiden Seiten kam. In Madara (Region Mandalay) griffen Truppen der Madara PDF am 18.01.22 neun Militärfahrzeuge mit Landminen an und verletzten mehrere Soldaten. Im Anschluss an den Anschlag eröffneten Juntakräfte im Dorf Bo Kone das Feuer und töteten zwei Zivilpersonen, darunter ein Kind. In Yinmabin (Sagaing) soll es am 19.01.22 einem Verbund aus drei PDFs nach mehrtätigen Gefechten mit Sicherheitskräften gelungen sein, fünf gefangene Zivilpersonen freizubekommen. In einem Verhörzentrum in Mandalay starben am 18.01.22 vier von 13 Personen, die Juntakräfte am selben Tag aus dem Dorf Letpan (Gemeinde Natogyi) entführt hatten. Als Todesursache vermuten Angehörige Folter. Nach Berichten der Shan Human Rights Foundation ließ das Militär zum Schutz einer Pumpstation vor Angriffen durch Regimegegner Landminen in der Nähe von Öl- und Gaspipelines in Hsipaw (Bundesstaat Shan) verlegen. Infolge der seit Mitte Dezember 2021 andauernden Kämpfe zwischen der Tatmadaw und einer Allianz aus der Karen National Liberation Army (KNLA) und lokalen PDFs befinden sich im Bundesstaat Kayin Schätzungen zufolge bis zu 50.000 Menschen aus den Gemeinden Myawaddy, Kawkareik und Hpapun auf der Flucht. Die Zahl der sich jenseits der thailändischen Grenze aufhaltenden Geflüchteten schwankt täglich zwischen 3.000 und 5.000. Im Bundesstaat Chin wurden durch die seit dem 08.01.22 täglich stattfindenden Kämpfe zwischen Militär und PDFs bis zum 20.01.22 hunderte Menschen aus der Gemeinde Falam und mindestens 3.000 aus der Gemeinde Matupi vertrieben, darunter etwa 400 ins benachbarte Indien. In einem am 17.01.22 veröffentlichten Report stuft das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) die Sicherheitslage und die humanitäre Situation in Myanmar als instabil ein und dokumentiert eine Verschärfung der Zusammenstöße und Zunahme der Zahl ziviler Opfer in den Staaten Kayin und Kayah und den Regionen Magway und Sagaing. Allein im Dezember 2021 seien in Sagaing bewaffnete Zusammenstöße aus zehn Gemeinden (Kale, Kanbalu, Kani, Kyunhla, Mingin, Monywa, Pale, Tabayin, Taze and YeU) gemeldet worden. Eine Verschlechterung der Sicherheitslage sei außerdem im Chin-Staat zu verzeichnen. Am 27.12.21 waren aufgrund von Zusammenstößen infolge des Militärputsches am 01.02.21 schätzungsweise 320.900 Menschen in ganz Myanmar vertrieben. Insgesamt stieg die Zahl der Binnenflüchtlinge damit auf rd. 661.000.

Pressefreiheit

Am 18.01.22 verhafteten Sicherheitskräfte in Dawei (Region Tanintharyi) eine Reporterin, einen Reporter und einen Büroangestellten der Nachrichtenorganisation Dawei Watch. Am Tag der Verhaftungen hatte Dawei Watch berichtet, dass in Tanintharyi seit dem Putsch über 60 Menschen getötet und über 900 festgenommen wurden.

31. Januar 2022

Sicherheitslage

Vom 20.01. bis 23.01.22 führten Soldaten des myanmarischen Militärs (Tatmadaw) Razzien in zehn Dörfern der Gemeinde Pauk (Region Magway) durch. Dabei plünderten und beschädigten sie die Häuser mutmaßlicher Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, nahmen eine unbekannte Zahl von Personen fest und erschossen einen Mann. Seit dem 14.01.22 setzen Juntakräfte in den Gemeinden Pauk und Myaing zudem Ölfelder in Brand. Ziel

dieses Vorgehens ist es lokalen Medienberichten zufolge, die einheimische Bevölkerung, für die die Felder eine wichtige Einnahmequelle sind, unter Druck zu setzen und den Widerstand gegen das Militärregime zu brechen. Bei Kämpfen zwischen der Tatmadaw und einer Allianz aus Widerstandskräften der Katha People's Defence Force (PDF) und der All Burma Students Democratic Front (ABSDF) am 22.01. und 23.01.22 nördlich der Stadt Katha (Region Sagaing) sollen Zivilpersonen getötet und verletzt worden sein. Berichten zufolge feuerte das Militär schwere Artillerie auf das Gebiet ab. Am 23.01.22 starben in Palaw (Region Tanintharyi) eine Schwangere und ein Kind durch die Explosion eines Sprengsatzes, der mutmaßlich von Juntakräften gezündet wurde. Medienberichten zufolge könnte es sich dabei um einen Vergeltungsschlag für einen tödlichen Anschlag der Widerstandsgruppe Palaw Township PDF auf Militärangehörige am 08.01.22 handeln. Bei einem Schusswechsel zwischen Mitgliedern der Chinland Defence Force (CDF) und Juntakräften in Kanpetlet (Bundesstaat Chin) wurde am 23.01.22 ein 16-jähriger CDF-Kämpfer tödlich getroffen. In Demoso (Bundesstaat Kayah) brachen am 24.01.22 erneut Kämpfe zwischen der Tatmadaw und der Karenni Nationalities Defence Force (KNDF), unterstützt durch PDF-Truppen, aus. Die Tatmadaw setzte Kampfhubschrauber zur Verstärkung ein, bestätigte Informationen über Tote und Verletzte gibt es bislang nicht. Bei der Durchsuchung einer Wohltätigkeitsklinik in Dawei (Tanintharyi) nahmen Sicherheitskräfte am 24.01.22 sieben freiwillige Helfer fest und beschlagnahmten einen Krankenwagen, Medikamente und medizinische Geräte. In Pakkoku (Magway) verübte die Earthquake PDF am 24.01.22 einen Bombenanschlag auf eine Filiale der KBZ Bank. Die Bank war bereits im Oktober 2021 Ziel von Anschlägen und Überfällen in Mandalay und Yangon geworden, weil sie Konten von Unterstützenden der Bewegung des zivilen Ungehorsams und der Revolution eingefroren und Informationen über entsprechende Spenden an die Junta weitergegeben haben soll. Am 26.01.22 erschossen Tatmadaw-Soldaten in Ayadaw (Sagaing) vier Zivilpersonen, darunter ein 10-jähriges Kind, nachdem ihre Einheit Ziel eines Bombenanschlags der Ayadaw Revolutionary Alliance geworden war. Am 27.01.22 kam es in Kutkai (Bundesstaat Shan) zu Kämpfen zwischen der Tatmadaw und der Kokang-Armee Myanmar National Democratic Alliance Army (MNDAA). In Ye-U (Sagaing) überraschten Juntakräfte am 28.01.22 neun Mitglieder der Ye-U PDF beim Legen von Sprengsätzen, nahmen sieben von ihnen fest und erschossen sie. Dem Vorfall war ein bewaffneter Zusammenstoß zwischen der PDF und einer Militärkolonne am selben Tag vorausgegangen, bei dem mehrere Soldaten getötet worden sein sollen.

Neue Anklage gegen Aung San Suu Kyi und Win Myint Erster Jahrestag des Militärputsches am 01.02.22

Am 31.01.22 erhob die Justiz in Myanmar formell Anklage wegen Wahlbetrugs gegen die gestürzte de-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi und den entmachteten Präsidenten Win Myint. Der Vorwurf bezieht sich auf die Parlamentswahl am 08.11.20, bei der Suu Kyis Partei, die National League of Democracy (NLD), mehr als die Hälfte aller Parlamentssitze gewonnen hatte. Beweise wurden nicht vorgelegt. Suu Kyi, gegen die derzeit noch zehn weitere Verfahren laufen, wurde im Dezember 2021 und Januar 2022 bereits zu insgesamt sechs Jahren Haft verurteilt. Beobachter und Menschenrechtsexpertinnen gehen davon aus, dass es sich um einen Schauprozess handelt.

07. Februar 2022

Erster Jahrestag des Militärputsches am 01.02.22

Verschiedenen Berichten zufolge kam es am ersten Jahrestag des Militärputsches in zahlreichen Städten landesweit zu kleineren Demonstrationen gegen das Militärregime sowie zu stillen Streiks. So blieben u.a. in Yangon (Rangun), Mandalay und Naypyitaw die Straßen zwischen 10:00 und 16:00 Uhr leer, Geschäfte geschlossen und Menschen gingen nicht zur Arbeit. Der Streik endete in gemeinsamen Applaus. Berichten zufolge wurden in Yangon anschließend zwischen zehn und 30 Personen wegen der Teilnahme am Applaus festgenommen. Im Vorfeld wurde von der Junta Druck auf Gewerbetreibende ausgeübt, ihre Geschäfte zu öffnen und Festnahmen für eine Beteiligung an dem stillen Streik angekündigt. Einem Bericht vom 03.02.22 zufolge wurden zwischen dem 27.01. und 02.02.22 über 100 Personen verhaftet, die sich in den sozialen Medien für die Unterstützung des stillen Streiks ausgesprochen hatten. U.a. aus Yangon, Mandalay und Naypyitaw wurde von durch das Militär organisierten promilitärischen Demonstrationen und Veranstaltungen berichtet. Nach Angaben der Gefangenenhilfsorganisation Assistance Association for Political Prisoners (AAPP) stieg die Zahl der seit dem Militärputsch am 01.02.21 durch Polizei- und Militärgewalt getöteten Personen auf mindestens 1.519. 8.977 Menschen befinden sich aktuell aus politischen Gründen in Haft, 1.974 weitere Personen werden per Haftbefehl gesucht (Stand: 04.02.22). Die UN führen aus, dass die Zahl der intern Vertriebenen im Januar 2022 auf über 400.000 angestiegen ist. Schätzungsweise

lebt rd. die Hälfte der Bevölkerung mittlerweile in Armut und mehr als 14,4 Mio. Menschen sind auf humanitäre Hilfe und Schutz angewiesen (vgl. BN v. 10.01.22). Am 31.01.22 verhängten die USA, Großbritannien und Kanada Sanktionen gegen mehrere Unterstützende der Militärführung, Angehörige der Justiz sowie Einrichtungen, denen finanzielle Unterstützung der Militärführung vorgeworfen wird.

Sicherheitsvorfälle

Bei einem Granatenangriff auf Teilnehmende einer pro-militärischen Demonstration in der Stadt Tachileik (Bundesstaat Shan) kamen am 01.02.22 zwei Personen ums Leben, 38 wurden verletzt. Bisher übernahm niemand Verantwortung für den Vorfall. Ebenfalls am 01.02.22 kam es in elf Gemeinden von Yangon zu mehreren Explosionen, zu denen sich die aus dem Untergrund agierende Gegenregierung (National Unity Government, NUG) bekannte. Die Angriffe richteten sich gegen 24 Junta-Ziele u.a. Soldaten des myanmarischen Militärs (Tatmadaw), einen Oberstleutnant der Luftwaffe, Sicherheitsposten und Verwaltungsgebäude. Einem Bericht vom 31.01.22 zufolge kamen zwischen dem 28.01. und 31.01.22 bei mehreren heftigen Zusammenstößen zwischen Truppen der Tatmadaw und People's Defence Forces (PDFs), sowie durch Überfälle von PDFs mehr als 30 Soldaten in den Regionen Magwe, Sagaing und Taninthary sowie in den Bundesstaaten Chin, Shan und Kayah ums Leben. Zwischen dem 01.02. und 03.02.22 griffen die Kachin Independence Army (KIA) und lokale Volksverteidigungskräfte (PDFs) im Bundesstaat Kachin und im nördlichen Shan Staat mehrere Militärbasen der Tatmadaw sowie eine Polizeistation an. Verlässliche Informationen zu Toten und Verletzten liegen nicht vor. Bewaffnete Zusammenstöße zwischen Truppen der Tatmadaw und der Chin National Army (CNA) sowie der Chinland Defence Force Thantlang (CDF) wurden am 01.02.22 aus der Gemeinde Thantlang (Bundesstaat Chin) gemeldet. Zuvor sollen Soldaten der Tatmadaw zwischen dem 30.01. und dem 01.02.22 über 90 Häuser und eine Kirche in der Gemeinde zerstört haben. Berichten zufolge sind die meisten Einwohnern aufgrund fast täglicher Kampfhandlungen geflohen. In der Gemeinde Loikaw (Bundesstaat Kayah) wurden am 28.01.22 in den Dörfern Yeyo und Bado die Leichen von sieben Zivilpersonen gefunden, die mutmaßlich bei Razzien von Truppen des Militärs getötet wurden. Insgesamt 23 Zivilpersonen sollen im Januar 2022 in der Gemeinde durch Soldaten der Tatmadaw getötet worden sein. Im gesamten Bundesstaat Kayah durch Luftangriffe, Bombardements und Massaker der Tatmadaw Berichten zufolge 45. Am 01.02.22 wurde berichtet, dass Dorfbewohner am 23.01. und 27.01.22 die teils verkohlten Überreste von fünf Zivilpersonen in den Gemeinden Pauk und Myaing (Region Magway) gefunden haben. Junta-Truppen brannten am 30.01. und 31.01.22 zwölf Häuser sowie Reisvorräte in drei Dörfern der Gemeinde Depayin (Region Sagaing) nieder, nachdem bei einem Angriff der Depayin PDF zwei Soldaten getötet wurden. Mehrere tausend Menschen sollen aus insgesamt neun Dörfern der Region geflohen sein. Berichten vom 03.02.22 zufolge brannten Soldaten der Tatmadaw am 31.01.22 in zwei Dörfern in der Gemeinde Pale (Region Sagaing) mindestens 400 Häuser nieder.

Neue Anklage gegen Aung San Suu Kyi

Am 04.02.22 wurde gegen die gestürzte de-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi eine weitere Anklage wegen Korruptionsvorwürfen in Zusammenhang mit einer Spende an die Daw Khin Kyi Foundation erhoben. Wenige Tage zuvor wurde sie formell wegen Betrugs bei den Parlamentswahlen 2020 angeklagt (vgl. BN v. 31.01.22). Gegen Suu Kyi laufen derzeit mehr als zehn Verfahren. Im Dezember 2021 und Januar 2022 wurde sie bereits zu insgesamt sechs Jahren Haft verurteilt.

14. Februar 2022

Kämpfe in Kachin, Rakhine, Sagaing, Chin, Kayah und Bago

Bei einer Reihe von Gefechten zwischen der myanmarischen Armee (Tatmadaw) und der Kachin Independence Army (KIA) sollen in Hpakant (Bundesstaat Kachin) zwischen dem 03.02. und 05.02.22 rd. 200 Junta-Kräfte getötet worden sein. Am 05.02.22 verübte die Tatmadaw Luftschläge gegen KIA-Truppen und zivile Ziele. Am 04.02., 06.02. und 07.02.22 kam es in Maungdaw (Bundesstaat Rakhine) zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der Arakan Army (AA) und der Tatmadaw, nachdem letztere einen Stützpunkt der AA angegriffen hatte. Die AA wirft dem Militär den Bruch eines 2020 vereinbarten Waffenstillstands vor. Ein AA-Kämpfer und mehrere Juntakräfte sollen getötet worden sein, zudem kamen zwei Zivilpersonen ums Leben. In der Region Sagaing verübte die Kalay People's Defence Force (PDF) am 06.02.22 mehrere Anschläge auf Tatmadaw-Truppen, nachdem diese ein Dorf in der Gemeinde Kalay beschossen und acht Zivilpersonen verletzt hatten. Bei den Angriffen der PDF kamen mindestens 20 Soldaten ums Leben. In der Gemeinde Katha tötete die Katha-PDF am selben Tag mindestens 16 Junta-Kräfte.

Weitere Angriffe auf Ziele der Tatmadaw durch PDFs erfolgten am 05.02. und 06.02.22 in den Gemeinden Shwebo, Kani und Pale. Zwischen dem 05.02. und 09.02.22 legten Junta-Kräfte Brände in mehreren Dörfern der Gemeinde Taze, wo eine Allianz aus mehreren PDFs am 09.02.22 eine Polizeistation angriff. Am 06.02. und 07.02.22 führte die Tatmadaw Luftangriffe auf acht Dörfer der Gemeinde Ye-U durch. 70 Personen wurden bei Razzien verhaftet und zwei getötet, mindestens 15.000 Menschen flohen. In Wetlet entdeckten Einheimische die verkohlten Überreste von sechs Personen, die bei einer Razzia am 30.01.22 festgenommen worden waren. Medienberichten zufolge gibt es Hinweise darauf, dass die Gefangenen lebendig verbrannt wurden. Bei Kämpfen in Kawlin kamen am 08.02.22 fünf Mitglieder der örtlichen PDF ums Leben. Wie am selben Tag berichtet wurde, töteten Junta-Kräfte bei Razzien in Myinmu am 31.01. und 03.02.22 mindestens 24 Zivilpersonen. Mindestens 20 der Leichen wurden verkohlt und zerstückelt aufgefunden. Zwischen dem 24.01. und 07.02.22 griffen Angehörige der Chinland Defence Force (CDF) wiederholt einen Militärkonvoi an, der von Matupi nach Mindat (Bundesstaat Chin) unterwegs war. Eigenen Angaben zufolge töteten sie dabei mindestens 20 Soldaten. Truppen des Konvois überfielen und beschossen entlang des Weges mehrere Dörfer. Dabei starb ein Kind, hunderte Menschen flohen. In den Gemeinden Kalay (Sagaing) und Loikaw (Bundesstaat Kayah) kamen am 07.02. und 08.02.22 bei Angriffen der Kalay-PDF, der Chin National Defence Force (CNDF), der Karenni Nationalities Defence Force (KNDF) und der Karen Army 26 Junta-Kräfte und ein Widerstandskämpfer ums Leben. Am 08.02.22 sollen bei Überfällen und Angriffen lokaler PDFs in den Gemeinden Yinmabin, Khin U, Pale, Shwebo (Sagaing) und Gyobingauk (Region Bago) rd. 35 Tatmadaw-Soldaten getötet worden sein. In Khin U starben bei Gefechten auch zwei Zivilpersonen. In Pale hatten Junta-Kräfte zwischen dem 03.02 und 05.02.22 vier Zivilpersonen erschossen und zwei Dörfer in Brand gesetzt, wovon eines fast vollständig, das andere zur Hälfte niederbrannte. Bei Kämpfen zwischen der Tatmadaw und einer lokalen PDF in Demoso (Kayah) schlug am 10.02.22 eine Artilleriegranate in ein Lager für Binnenvertriebene ein. Mehrere Unterkünfte wurden zerstört und eine Person verletzt. In einem Dorf der Nachbargemeinde Loikaw wurden nach den Zusammenstößen die bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Leichen von zwei Zivilpersonen gefunden.

Verschlechterung der humanitären Lage

Während die Gesamtzahl der Binnenvertriebenen Ende 2021 auf rd. 661.000 beziffert wurde, stieg diese nach UN-Angaben bis zum 11.02.22 auf über 800.000. Fluchtgrund für 440.000 war der Militärputsch (vgl. BN v. 07.02.22). Am stärksten betroffen sind die Bundesstaaten Kayin, Kayah, Mon, Shan und Chin sowie die Regionen Bago, Tanintharyi, Magway und Sagaing. Laut UN ist von einer weiteren Verschlechterung der Lage auszugehen.

21. Februar 2022

Kämpfe und Anschläge in Mon, Yangon, Magway, Chin, Mandalay, Sagaing, Shan, Kachin

Am 08.02. und 09.02.22 wurden in Kyaikto (Bundesstaat Mon) und Yangon zwei vom Militär eingesetzte Gemeindevorsteher getötet. In der Yangoner Gemeinde South Dagon verübten Unbekannte am 14.02.22 Anschläge auf ein Büro der militärnahen Union Solidarity and Development Party (USDP) und ein Bezirksverwaltungsbüro. Ein weiterer Anschlag auf ein Verwaltungsgebäude wurde am 15.02.22 in North Okkalapa dokumentiert. Bericht vom 17.02.22 zufolge überfiel ein Verbund aus der Yaw Defence Force und der Myaing People's Defence Force (PDF) am 10.02.22 eine Polizeistation in Gangaw (Region Magway), woraufhin es zu Kämpfen am selben und darauffolgenden Tag kam. Etwa 20 Sicherheitskräfte und ein PDF-Mitglied sollen nach Angaben der Widerstandsgruppen getötet worden sein. Am 16.02.22 überfielen Mitglieder der vom Militär unterstützten Pyu Saw Htee-Miliz zwei Dörfer der Gemeinde Pauk (Magway) und plünderten und zerstörten mehrere Häuser. Dem Überfall war ein Angriff der Guerilla-Gruppe Anonymous Special Task Force auf ein Haus von Pyu Saw Htee-Anführern vorausgegangen, bei dem zwei Menschen starben. Am 13.02.22 setzte die myanmarische Armee (Tatmadaw) weitere Häuser der Stadt Thantlang im Bundesstaat Chin in Brand. Seit September 2021 wurden infolge von insgesamt 25 Brandanschlägen über 900 der rd. 2.300 Gebäude Thantlangs zerstört. Die gesamte Bevölkerung von 8.000 bis 10.000 Menschen ist vor Kämpfen zwischen der Tatmadaw und Widerstandskräften geflohen. Die durch das Militär abgeschnittenen Zugangs- und Versorgungswege machen eine Rückkehr unmöglich. Bei einem Angriff auf einen Kontrollpunkt des Militärs in Singu (Region Mandalay) töteten PDF-Mitglieder am 14.02.22 zwei Soldaten und verletzten weitere. Ebenfalls am 14.02.22 feuerten Mitglieder der Natogyi Township PDF Mörsergranaten auf Sicherheitskräfte ab, die eine Abnahmestation der Öl- und Gaspipelines nach China in der Nähe von Natogyi (Mandalay) bewachen. Am 15.02.22 führten Sicherheitskräfte eine Razzia in Natogyi durch und nahmen 24 Personen unter dem Vorwurf fest, der PDF anzugehören oder sie zu finanzieren. Die Natogyi Township PDF

operiert unter der oppositionellen Schattenregierung National Unity Government (NUG), die von gestürzten demokratisch gewählten Abgeordneten gegründet wurde. Die Festgenommenen waren vor Ort dafür bekannt, Aung San Suu Kyis Partei National League of Democracy (NLD) zu unterstützen. Medienberichten vom 14.02.22 zufolge brannten Junta-Kräfte bei einer Razzia am 10.02.22 große Teile der Dörfer Mote Thar und Mauk Tet in der Gemeinde Mingin (Region Sagaing) nieder und töteten vier Zivilpersonen. Vorausgegangen war dem Überfall ein Angriff der lokalen PDF auf einen nahegelegenen Außenposten des Militärs. In der Gemeinde Taze (Sagaing) zerstörte die Tatmadaw in der ersten Februarhälfte 2022 rd. 80 Häuser in vier Dörfern durch Brandstiftung. In Khin U (Sagaing) töteten Junta-Kräfte in Zivil am 17.02.22 14 Mitglieder einer lokalen PDF, darunter zwei Jugendliche im Alter von 15 Jahren. In Kalay (Sagaing) führten Widerstandskräfte am 12.02., 14.02. und 17.02.22 Angriffe auf ein Militärcamp durch. Einem Sprecher der Chinland Defence Force (CDF) zufolge sollen die dort stationierten Truppe Druck auf die Zivilbevölkerung ausgeübt haben, um pro-militärische Milizen zu bilden. Am 15.02.22 besetzten Truppen der myanmarischen Armee die Stadt Moebye im südlichen Shan-Staat. Am 16.02.22 kam es dort zu Kämpfen zwischen den Tatmadaw-Truppen und einem Verbund aus mehreren lokalen PDFs, darunter die Karenni Nationalities Defense Force (KNDF). Dabei wurden bei Angriffen aus der Luft und mit Panzermunition bis zum 18.02.22 mindestens 15 PDF-Mitglieder getötet und mehrere Zivilpersonen zum Teil schwer verletzt. Auch die Junta-Kräfte sollen Verluste erlitten haben. Das Militär hat die Telefon- und Internetverbindung nach Moebye gekappt. In Swamprabon (Bundesstaat Kachin) stießen am 15.02.22 Tatmadaw-Truppen mit der Kachin Independence Army (KIA) zusammen.

28. Februar 2022

Anschläge und Kampfhandlungen

Bei Anschlägen durch regimiefeindliche Kräfte und Kämpfen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) und verschiedenen Widerstandsgruppen (People's Defence Forces, PDF) in Yangon, Sagaing, Mandalay, Magway und Kayah wurden zwischen dem 19.02. und 24.02.22 mindestens 16 Zivilpersonen, 17 PDF-Mitglieder und zehn Junta-Kräfte getötet. In Mindat (Chin) verbrannten Junta-Kräfte am 18.02.22 Einrichtung und medizinisches Gerät eines Krankenhauses, in dem verwundete PDF-Mitglieder behandelt werden sollen.

Festnahmen und Verurteilungen

Im Rahmen von Protesten gegen das Militärregime wurden am 21.02. und 22.02.22 in Chauk (Magway) und Monywa (Sagaing) rd. 50 Personen festgenommen und zum Teil gefoltert, darunter mindestens 20 Minderjährige. Bei Protesten in Monywa gab es Verletzte. In Natogyi (Mandalay), wo PDF-Mitglieder am 14.02.22 Angriffe auf eine Gaspipeline verübt hatten (vgl. BN v. 21.02.22), nahmen Junta-Kräfte weitere 20 Personen fest. Am 16.02. und 17.02.22 wurden drei Studentinnen wegen Geldspenden an Vertriebene und der angeblichen Weitergabe von Informationen an ausländische Medienschaffende zu Haftstrafen zwischen drei und sieben Jahren verurteilt. Am 22.02.22 wurden zwei prominente Schriftsteller, die am 01.02.21 verhaftet worden waren, wegen regimiekritischer Äußerungen zu zwei bzw. drei Jahren Haft nach Abschnitt 505A des Strafgesetzbuchs verurteilt.

Situation in Gefängnissen

Nach Berichten der All Burma Federation of Student Unions (ABFSU) vom 19.02.22 vergewaltigten Junta-Kräfte in einem Verhörzentrum in Mandalay zwei Männer und eine Frau. In einem Gefängnis in Thandwe (Rakhine) starb am 24.02.22 ein zweijähriges Kind. Es war zusammen mit seiner Mutter inhaftiert, die wegen der angeblichen Unterstützung einer PDF festgenommen worden war.

14. März 2022

UN-Menschenrechtskommissarin bezeichnet bewaffneten Konflikt als Bürgerkrieg

Nach Acled-Daten, die für einen Medienbericht ausgewertet wurden, starben seit dem Militärputsch am 01.02.21 etwa 12.000 Zivilpersonen durch politische Gewalt. In den ersten sechs Monaten nach dem Putsch erfolgten die meisten Tötungen bei Demonstrationen. Seit August 2021 sterben immer mehr Menschen bei bewaffneten Zusammenstößen zwischen Widerstandsgruppen (People's Defence Forces, PDF) und dem myanmarischen Militär. Diese werden zunehmend koordinierter und haben Regionen in Zentralmyanmar erreicht, die zuvor als friedlich galten. UN-Menschenrechtskommissarin Michelle Bachelet zufolge sollte der Konflikt in Myanmar nun als

Bürgerkrieg bezeichnet werden. Bei den jüngsten Zusammenstößen, die sich zwischen dem 19.02. und 09.03.22 in den Regionen Magway, Mandalay, Sagaing und Tanintharyi und den Bundesstaaten Chin, Kachin, Kayah, Kayin und Shan ereigneten, starben mindestens 35 Zivilpersonen und 16 PDF-Mitglieder. Dutzende wurden teils schwer verletzt. Medienberichten zufolge wurden außerdem rd. 50 Juntasoldaten getötet.

28. März 2022

UN sieht Hinweise auf Kriegsverbrechen

Einem Bericht von UN Human Rights vom 15.03.22 zufolge gibt es seit dem Militärputsch am 01.02.21 deutliche Hinweise auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Militär habe Wohngebiete mit Luftangriffen und schweren Waffen bombardiert und gezielt Zivilpersonen angegriffen. Menschen wurden durch das Militär erschossen, verbrannt, gefoltert, willkürlich verhaftet oder als menschliche Schutzschilde missbraucht. Den Angaben folgend wurden seit dem Putsch mindestens 1.600 Menschen von Sicherheitskräften und mit diesen verbündeten Gruppen umgebracht. Über 12.500 Personen seien festgenommen worden. Mindestens 543 weitere Personen seien wegen ihrer Unterstützung des Militärs getötet worden.

Bei den jüngsten Zusammenstößen und aufgrund der durch das Militär (Tatmadaw) ausgeübten Gewalt, die sich zwischen dem 09.03. und 24.03.22 in den Regionen Magway, Mandalay, Sagaing, Yangon und Tanintharyi sowie den Bundesstaaten Chin, Kayah, Kayin und Shan ereigneten, starben Berichten zufolge mindestens 40 Zivilpersonen und 16 Mitglieder der People's Defence Forces (PDF). Dutzende wurden teils schwer verletzt und zahlreiche Menschen mussten wegen Kampfhandlungen und Angriffen der Tatmadaw aus ihren Heimatorten fliehen. In Yangon und Sagaing wurden mehrere Personen verhaftet. Mehrere hundert Gebäude (Wohnhäuser, Tempel) wurden Medienberichten zufolge durch die Tatmadaw niedergebrannt. Rd. 24 Junta-Soldaten wurden getötet.

11. April 2022

Gewalt in mehreren Landesteilen, Verfolgung von Oppositionellen

Bei bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) und lokalen Widerstandsgruppen (People's Defence Forces, PDF) kamen Medienberichten zufolge zwischen dem 23.03. und 07.04.22 in den Regionen Sagaing und Magway zwei Zivilpersonen, zwei PDF-Mitglieder und 15 Militärangehörige ums Leben, zudem gab es zahlreiche Verletzte. In Gangaw (Magway) zerstörten Junta-Kräfte rd. 200 Wohnhäuser und vertrieben mehrere tausend Menschen. Bei Kämpfen zwischen der Tatmadaw und ethnischen Armeen in den Bundesstaaten Kayin und Shan griffen Junta-Kräfte ebenfalls zivile Ziele an. Zwei Personen starben, rd. 2.000 flohen nach Thailand. In den Reihen der Tatmadaw soll es bis zu 60 Tote gegeben haben. Im Shan-Staat brachen außerdem Kämpfe zwischen dem Restoration Council of Shan State/Shan State Army (RCSS/SSA) und der United Wa State Army (UWSA) mit Verlusten auf beiden Seiten aus.

Im selben Zeitraum verurteilten Juntagerichte vier Medienschaffende zu Haftstrafen zwischen zwei und fünf Jahren, weil sie über den Widerstand gegen den Militärputsch vom 01.02.21 berichtet hatten. 17 weitere Personen müssen wegen der Teilnahme an Protesten und Unterstützung von PDFs für zwei bis zehn Jahre in Haft.

25. April 2022

Kämpfe in mehreren Landesteilen, weitere Dörfer im Nordwesten niedergebrannt

Zwischen dem 02.04. und 17.04.22 kam es Medienberichten zufolge in den Bundesstaaten Kayah, Kayin und Rakhine sowie in den Regionen Magway, Mandalay, Sagaing und Yangon zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw), unterstützt durch die pro-militärische Miliz Pyu Saw Htee, und ethnischen Armeen bzw. Volksverteidigungskräften (People's Defence Forces, PDF). Dabei wurden mindestens 28 Zivilpersonen und 14 PDF-Mitglieder getötet. Anti-Junta-Kräfte töteten nach eigenen Angaben rd. 70 Militärangehörige. In Magway, Mandalay und Sagaing setzte die Tatmadaw erneut Dutzende Dörfer in Brand. Hunderte Wohnhäuser fielen den Flammen zum Opfer. Landesweit hat das Militär seit dem Putsch am 01.02.21 über 8.000 zivile Gebäude zerstört, den Großteil davon im Nordwesten (Stand: 01.04.22). Die Zahl der Vertriebenen überschritt dort im März 2022 erstmals 300.000 Menschen. Insgesamt wurden durch die Gewalt und Unsicherheit infolge des Putsches 566.100 Menschen (und damit 1 % der Bevölkerung) zu Geflüchteten (Stand: 11.04.22).

Anlässlich des buddhistischen Neujahrsfestes Thingyan entließ die Junta am 17.04.22 1.619 Inhaftierte aus mehreren Gefängnissen. Von den aktuell 10.290 politischen Gefangenen wurde niemand begnadigt.

09. Mai 2022

Weitere fünf Jahre Haft für Aung San Suu Kyi

Am 27.04.22 verurteilte ein von der Militärjunta kontrolliertes Gericht die am 01.02.21 aus dem Amt geputschte De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi zu weiteren fünf Jahren Haft wegen Korruption. Im Dezember 2021 und Januar 2022 war Suu Kyi bereits wegen Anstiftung zum Aufruhr, der Nutzung nicht registrierter Funkgeräte und angeblicher Verstöße gegen Corona-Auflagen zu insgesamt sechs Jahren Haft verurteilt worden.

Kämpfe und tödliche Gewalt in Magway, Sagaing, Kayin, Mon, Shan, Naypyidaw und Mandalay

Laut myanmarischen Medien kam es zwischen dem 08.04. und 03.05.22 erneut zu großangelegten Militärrazzien und Kämpfen zwischen der Armee (Tatmadaw) und Volksverteidigungskräften (People's Defence Forces, PDF), die z. T. an der Seite ethnischer bewaffneter Organisationen (EAO) kämpfen. Dabei brannten Juntakräfte in den Regionen Magway und Sagaing hunderte Häuser in über 30 Dörfern nieder. Mehrere Dörfer sowie Camps von Vertriebenen wurden vollständig zerstört, mindestens 36 Zivilpersonen und sieben PDF-Mitglieder starben. Zu bewaffneten Zusammenstößen kam es außerdem in den Bundesstaaten Kayin, Mon und Shan sowie in der Hauptstadt Naypyidaw. Landesweit wollen regimefeindliche Kräfte in dem genannten Zeitraum rd. 100 Angehörige von Polizei und Militär getötet haben. In Mandalay bekannte sich die kürzlich gegründete pro-militärische Gruppe Thway Thout Aphwe zu den Morden an drei Zivilpersonen. Ihr Ziel sei es, Mitglieder und Unterstützende der ehemaligen Regierungspartei National League für Democracy (NLD) und von PDFs sowie deren Familienangehörige „auszulöschen“. Ähnliche Gruppierungen tauchten in Yangon und Taunggyi auf.

23. Mai 2022

Meinungsfreiheit

Nach Angaben der Militärregierung wurden zwischen dem 27.01. und 05.05.22 229 Personen wegen Aufwiegelung und Terrorismus festgenommen. Die Betroffenen mussten mit langen Haftstrafen und dem Verlust von Wohnungen und Eigentum rechnen. Sie hatten Social-Media-Beiträge zur Unterstützung von oppositionellen Gruppen veröffentlicht, die vom Militär als terroristische Organisationen eingestuft sind. Dazu zählen die Exilregierung (National Unity Government, NUG), der Ausschuss zur Vertretung des durch den Putsch entmachteten Volksparlaments (Committee Representing Pyidaungsu Hluttaw, CRPH) und bewaffnete Widerstandsgruppen (People's Defence Forces, PDF).

Sicherheitslage

Bei Zusammenstößen zwischen der myanmarischen Armee (Tatmadaw) und regimefeindlichen Gruppen in den Regionen Magway und Sagaing und den Bundesstaaten Chin, Kayah, Kayin und Shan kamen Medienberichten zufolge zwischen dem 04.05. und 18.05.22 mindestens 39 Zivilpersonen, 16 Mitglieder von PDFs und ethnischen Armeen und rd. 160 Tatmadaw-Angehörige ums Leben. Die letztgenannte Zahl geht v. a. auf Guerillaangriffe zurück und konnte nicht unabhängig überprüft werden. Bei Anschlägen durch pro- und anti-militärische Gruppen wurden in Yangon, Naypyidaw und Mandalay drei Personen getötet und sechs weitere verletzt. Die meisten zivilen Opfer gab es zwischen dem 10.05. und 13.05.22 in den Townships Ye-U und Pale (Sagaing), wo Tatmadaw-Truppen zwei Dörfer beschossen und 33 Personen, die in Klöstern Schutz gesucht hatten, ermordeten.

Laut einem am 10.05.22 veröffentlichten Bericht des Thinktanks Institute for Strategy and Policy (ISP Myanmar) starben seit dem Militärputsch am 01.02.21 insgesamt 5.646 Zivilpersonen durch Polizei- und Militärgewalt, den bewaffneten Konflikt zwischen Tatmadaw und Widerstandskräften und durch Rachemorde. Mind. 1.831 Personen kamen bei Schusswechseln ums Leben, der Großteil von ihnen in Sagaing, wo der Widerstand gegen den Putsch am größten ist. 3.107 Personen wurden nach Angaben des Vorsitzenden der militärnahen Union Solidarity and Development Party (USDP) getötet, weil sie als Dalans (Informantinnen und Informanten des Militärs) galten. Eine wachsende Anzahl an Rachemorden geht zudem auf das Konto pro-militärischer Milizen wie der in Mandalay aktiven Thway Thauk. Diese hat sich seit Ende April 2022 zu den Morden an 18 Personen bekannt, welche im Zusammenhang mit der ehemaligen Regierungspartei National League for Democracy (NLD) und PDFs standen.

13. Juni 2022

Dutzende Tote bei Kämpfen und Anschlägen

Zwischen dem 25.05. und 08.06.22 kam es Medienberichten zufolge in den Regionen Magway und Sagaing sowie in den Bundesstaaten Chin, Rakhine und Shan zu Zusammenstößen zwischen dem myanmarischen Militär (Tatmadaw) und lokalen Widerstandskräften (People's Defence Forces, PDF) oder ethnischen Armeen. Dabei starben in Sagaing mindestens 27 Zivilpersonen und vier PDF-Mitglieder durch Artilleriebeschuss oder gezielte Tötungen seitens Militärangehöriger. Zudem brannten Junta-Truppen in der Region über 500 Häuser nieder und zerstörten Dutzende zur Lebensmittelversorgung genutzte Motorräder und Motorboote. In Magway, Rakhine und Shan kamen bei Kämpfen und durch Landminen neun Zivilpersonen ums Leben. Bei Angriffen der Tatmadaw auf IDP-Camps in Rakhine und Sagaing wurden sieben Menschen schwer verletzt. Fünf Verletzte gab es außerdem am 30.05.22 in Yangon, als ein Militärfahrzeug eine Gruppe Protestierender rammte. Am 31.05.22 tötete die Explosion einer von Unbekannten gelegten Bombe in Yangon eine Person und verletzte neun weitere. Hinter den Morden an neun Personen in Magway, Mandalay und Kachin, die für die Militärverwaltung oder Polizei arbeiteten oder mit den Vorgenannten verwandt waren, vermuten Berichterstattende Oppositionelle und PDF-Mitglieder.

Militärjunta plant erste Hinrichtungen seit drei Jahrzehnten

Am 03.06.22 kündigte Juntasprecher Zaw Min Tun die Hinrichtung durch Erhängen von vier Personen an. Darunter befinden sich der ehemalige Abgeordnete der National League of Democracy (NLD) Phyo Zeya Thaw und der prominente Demokratieaktivist Kyaw Min Yu, die im Januar 2021 wegen Hochverrats und Terrorismus zum Tode verurteilt wurden. Zwei weitere Personen sollen wegen der Ermordung einer mutmaßlichen Informantin der Junta hingerichtet werden. Seit dem Militärputsch am 01.02.21 haben Militärgerichte mindestens 114 Menschen zum Tode verurteilt, davon 41 in Abwesenheit. Die geplanten Hinrichtungen wären die ersten Hinrichtungen aufgrund gerichtlicher Urteile seit 1988.

27. Juni 2022

Sicherheitslage

Zwischen dem 09.06. und 24.06.22 kam es in den Bundesstaaten Chin, Kayah und Shan und in den Regionen Magway, Mandalay und Sagaing zu Zusammenstößen zwischen der myanmarischen Armee (Tatmadaw) und bewaffneten Widerstandsgruppen (People's Defence Forces, PDF) oder ethnischen Armeen. Dabei starben mindestens 41 Zivilpersonen, darunter vier Kinder, und 24 PDF-Mitglieder. Zudem sollen bei Kämpfen und Guerillaangriffen rd. 150 Militär- und Polizeiangehörige getötet worden sein. Wieder brannten Junta-Truppen in Kayah, Magway und Sagaing hunderte Wohnhäuser nieder, darunter eine Klinik und eine katholische Kirche. Widerstandskämpferinnen und -kämpfer verübten in Naypyidaw, Rakhine, Shan und Yangon Anschläge auf Einrichtungen und Personal der Junta und töteten zwei Verwaltungsangestellte. Bei der Durchführung der Attentate kamen auch zwei PDF-Mitglieder ums Leben. Infolge von Auseinandersetzungen mit dem Personal in Gefängnissen in Kayin und Mandalay starben am 05.06. und 06.06.22 insgesamt vier politische Gefangene durch Folter und Erschießen.

Gefängnishaft für Ex-Regierungschefin Aung San Suu Kyi

Am 22.06.22 wurde die durch den Militärputsch am 01.02.21 entmachtete De-facto-Regierungschefin Aung San Suu Kyi in ein Gefängnis in der Hauptstadt Naypyidaw verbracht. Ihre Verurteilung erfolgte bereits im Mai 2022 (vgl. BN v. 09.05.22). Aktuell beläuft sich ihre Haftstrafe auf elf Jahre. Sollte sie in den noch ausstehenden 19 Anklagepunkten ebenfalls schuldig gesprochen werden, könnte ihr eine Gesamtfreiheitsstrafe von bis zu über 190 Jahren drohen. Menschenrechtsorganisationen sprechen von einem Schauprozess. Die im Jahr 2020 aufgrund der Pandemie ausgesetzten Gefängnisbesuche des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und von Familien von Inhaftierten bleiben nach Aussagen der myanmarischen Strafvollzugsbehörde weiterhin untersagt.

